



Vom Kläger zum Angeklagten

Ostfriesischem Vogelschützer ergeht es wie vielen anderen

Zivilcourage wird von uns verlangt. Bei Ungerechtigkeiten und, schlimmer noch, bei gewalttätigen Übergriffen ist nicht Desinteresse sondern Hilfe angesagt!

Alles richtig, schön und gut. Doch wenn es um Gewalt gegen Tiere geht, wird der gesellschaftliche Ruf nach Zivilcourage merklich leiser. Man hört ihn kaum. Ehrungen durch den Oberbürgermeister für couragiertes Eingreifen? Fehlanzeige! Und immer öfter, so gewinnt man gar den Eindruck, werden die Couragierten selbst zu „Opfern“! Da braucht es dann wiederum entschlossene Helfer, um weiteren Schaden abzuwenden. Zum Beispiel braucht man Sie! Oder Tierschutzvereine wie uns. So geschehen im Falle von Jan Peifer in der Sache „Enthüllungen zur Nerzfarm bei Hörstel“ - wir berichteten in der Ausgabe 1/2011 ausführlich. Dank Ihrer Hilfe konnten wir 750 € auf das Konto unseres mutigen, couragierten Mitglieds J. Peifer überweisen. DANKE auch in seinem Namen!

Tierfreunde, die Missstände und Rechtsverstöße zur Anzeige bringen, dabei selbst zu Angeklagten werden, findet man in allen Bereichen der Tiernutzung, vor allem aber im Bereich der Jägerei. Hier sorgte ein Fall in Ostfriesland Anfang 2011 für Schlagzeilen und am



Angeschossene Pfeifente



Auch geschützte Nonnengänse geraten ins Visier der „Spaßjäger“ - Fotos: Eilert Voß

01.03.2011 für einen Gerichtsprozess. Angeklagt war der Vogelschützer und Fotograf Eilert Voß wegen angeblicher Jagdstörung. Tatsache ist aber, dass Eilert Voß Jagdfrevel im Naturschutzgebiet „Petkumer Deichvorland“ dokumentiert und diese dann auch zur Anzeige bringt (Z.B. die Jagd auf geschützte Vögel). Dass sich Jäger durch ihn gestört fühlen, ist verständlich. Unverständlich, ja skandalös dagegen die Entscheidung des Emdener Amtsgerichts: Nicht die Jäger wurden für schuldig befunden, sondern der Vogelschützer – E. Voß wurde zu 2.000 €

Zwangsgeld, ersatzweise zu 20 Tagen Haft, verurteilt!

Näheres zum Prozess und zur Gänsejagd in Niedersachsen erfahren Sie in der *Freiheit für Tiere*, Nr. 3/2011, Seite 22 – 27 oder im Internet unter der Adresse www.wattenrat.de.

Wenn Sie Herrn Voß und somit ein dringend notwendiges Berufungsverfahren unterstützen möchten, so können Sie auch auf das Konto unseres „Arbeitskreises humaner Tierschutz e.V.“ (Kto.-Daten s. Impressum), Stichwort: „Gänsejagd/Voß“ spenden. R. Dunkel

Aus einem Schreiben von Eilert Voß an unseren AK:

„ ... zugegeben, die Solidarität, die ich in diesen Tagen von verschiedenen Mitstreitern erfahre, ist für mich die wichtigste Erfahrung meines Lebens. Da kämpft man jahrelang, mit wenigen aktiven Mitstreitern in Wattenrat und Gänsewacht mehr oder weniger isoliert an der Front der Gänsejäger, lässt sich in harten Wintern Finger und Füße halb erfrieren und erlebt plötzlich, dass die Arbeit der Gänsewacht in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Mir und meiner Frau fehlen fast die Worte ...“

Beim Kampf um elementare Tierrechte endlich den ideologischen Schaum vom Mund abwischen ...

Ernsthafte Tierfreunde werden beständig von vielerlei Tierschutzzeitungen, Magazinen, Mitgliederbroschüren, oder mit Internetinformationen flächendeckend schlicht überrollt.

Die - ihrem Herzensbedürfnis folgend - ohnehin umfassend informierten Tierfreunde lesen so vielfach immer die gleichen bekannten Beiträge von immer den gleichen bekannten Autoren über die immer gleichen schrecklichen Tierschindereien. Andere Bevölkerungsteile hingegen erhalten kaum gezielt nachhaltige Informationen über all das Tierelend.

Doch ALLE Menschen, ob gut oder böse, dumm oder gescheit, atheistisch oder religiös, dem christlichen, buddhistischen, islamischen oder mosaischen Glauben zugehörig, politisch links oder rechts stehend, haben Anspruch, über alle Tierquälereien aufgeklärt zu werden - MÜSSEN im Sinne der Sache aufgeklärt werden. Beispielsweise über perverse sinnlose Tierexperimente, das Verkrüppeln der Wildtiere in Fallen und bei der Jagd, über die Qualen der Tiere in den

KZ-Massentierhaltungen (Lt. OLG Düsseldorf RdL 1977, 42 f. - rechtmäßige Titulierung für Tierhaltung in Engstkäfigen) bei Transport und Schlachtung, oder über die Schinderei des betäubungslosen Schächtens, usf.

Oder nicht? Darf nur eine ganz bestimmte auserwählte Bevölkerungsschicht, eine gewisse ethische oder geistige Elite - resp. die, die sich dafür hält - in Tierschutzdingen informieren oder Informationsbegehren beanspruchen? Darf nur eine „politisch-korrekte“ Medien-Phalanx Information betreiben oder Kritik üben? Und dies auch nur in ganz bestimmten auserwählten Druckorganen oder Internetplattformen?

Niemand hat die Weisheit gepachtet, doch dieses Monopol wird leider besonders gerne vom links positionierten intellektuellen Möchte-gern-Gutmenschentum beansprucht. -

Aber es besteht kein Anlass, nur einigen Auserwählten, in auserwählten Medien eine ausgewählte Informationsgebung, oder Wehklage-Erlaubnis zuzubilligen. Das

Herausgeber:

Arbeitskreis humaner Tierschutz e.V.
Linnenstraße 5 A
97723 Oberthulba-Frankenbrunn

Redaktion „AK/PAKT-aktuell“:
Roland Dunkel
Tel.: 09736 751552
E-mail: info@arbeitskreis-tierschutz.de

Internet:
www.arbeitskreis-tierschutz.de

1. Vors.: Ulrich Dittmann
Tel.: 06361 3375
Fax: 06361 915014

Bankverbindung:
Kto. Nr.: 1811 11 857
BLZ: 760 100 85
Postbank Nürnberg
IBAN Nr.:
DE92 760100850181111857
BIC: PBNKDEFF

Der Arbeitskreis ist ein eingetragener, gemeinnütziger und steuerbegünstigter Verein. Spenden sind steuerlich absetzbar. Mitgliedsbeitrag: 24,00 €/Jahr.

Politischer Arbeitskreis für Tierrechte in Europa PAKT e.V.

Eduard-Schloemann-Str. 33
c/o Guhde
40237 Düsseldorf

Internet: www.paktev.de

1. Vors.: Elisabeth Petras
Ebeersreye 58, 22159 Hamburg
Tel.: 0178-4702016

E-Mail: petras@paktev.de

Bankverbindung:
Kto. Nr.: 350 561
BLZ: 37050198
Sparkasse Köln/Bonn

PAKT ist ein eingetragener Verein, gemeinnützig und als besonders förderungswürdig anerkannt.

Für unverlangt eingesandte Texte, Fotos und Datenträger kann keine Haftung übernommen werden.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

heißt, es ist richtig und wichtig, gerade dort in der Öffentlichkeit Tierschutzthemen zu platzieren, wo bisher solche Tierschutz-Themen weitgehend negiert wurden. Konkret: Es darf keine Berührungsängste geben, beispielsweise (auch) in Fleischerzeitungen, Jagdmagazinen, Pharmazeitschriften etc. oder linken und rechten Presseorganen und Partei-Infoblättern, in verschiedensten Internetforen unser Anliegen „den Tierschutz - die Tierrechte“ immer

wieder ins Licht der Öffentlichkeit zu rücken.

Ernsthaft betriebener Tierschutz orientiert sich grundsätzlich weder an "links" noch an "rechts" - sondern am geradeaus.

Und nur wo man sich politisch und gesellschaftlich offen und frei artikulieren und positionieren kann, kann man auch von Demokratie sprechen. Wo jedoch eine omnipräsente Meinungsdiktatur inflationär die Political-Correctness-Zuchtrute schwingt, ist man von diesem Ideal weit entfernt.

Wenn es eine "Mitte" gibt, gibt es zwangsläufig auch ein "links" und "rechts" - und keine politische Einstellung muss per se gut oder schlecht sein. Wer weit rechts steht, für den ist bereits die CDU ein "linker Haufen". Umgekehrt sieht mancher Linksextreme bereits die SPD im Sumpf des Rechtsradikalismus versinken. Der Standpunkt macht eben die Sichtweise aus - und zersplittert tragischerweise die ohnehin schwache Tierschutzbewegung noch mehr.

Selbstredend ist Distanzierung von jeglichen extremistischen, gewalttätigen Gruppierungen unabdingbar - denn für die Opfer ist es gewiss nebenrangig, ob ihnen von linken, rechten oder religiösen Radikalen und Fanatikern und dem in ihrem Dunstkreis marodierenden Pöbel die Zähne eingeschlagen

werden. Siehe z.B. die alljährlich stattfindenden, mittlerweile "rituellen" 1.Mai-Kravalles der sogenannten "autonomen" Linken - mit vielen Verletzten - in Berlin.

Grotesk und schlicht Schnappatmung erzeugend das Verhalten auch linker Grüppchen von gewalttätigen Meinungsterroristen, die unter dem Deckmäntelchen, angeblich „Tierrechte“ zu verteidigen, selbst einen Tierrechtsethiker wie Dr. Helmut Kaplan zum Feindbild erklären und versuchen, ihn randallierend zu hindern eine Rede zu halten. Siehe traurige Vorkommnisse am 14. Mai 2011 beim Aktionstag „Deine Stimme den Stimmlosen“ in Köln. Wirrer und schizophrener geht es wirklich nicht mehr: Vorgebliche „Tierrechtler“ greifen ernsthafte Tierschützer mit Hasstiraden an! Die Tiernutzerindustrie ist gewisslich sehr erfreut über eine solche Schützenhilfe. Oder man terrorisiert förmlich mit irrsinnigen, oft gewalttätigen Aktionen die Urchristengemeinde des Universellen Lebens, die basierend auf christlicher Grundlage allumfassende Nächstenliebe und Mitgeschöpflichkeit im Sinne Albert Schweitzers „Ehrfurcht vor ALLEM Leben“ nicht nur propagiert, sondern praktisch vorlebt - analog den Glaubensgemeinschaften der Jaina und Bishnoi in Indien. Letztere werden auch von Tierrechtlern in

Deutschland hochverehrt, während man erstgenannte seltsamerweise ketzerisch diffamiert. Gnadenlose Dummheit ist in manchen Kreisen offenbar in solchem Übermaß vorhanden, dass man sehr freigiebig damit umgeht - und damit der gesamten Tierrechtsbewegung unendlichen Schaden zufügt. -

Seinen Glauben frei ausleben zu können, nennt man Religionsfreiheit. Doch dieses Grundrecht findet seine Grenzen immer an der Nasenspitze des Gegenübers und dessen religiös-kultureller Vorstellung - die in Westeuropa auf einem Ethik-Verständnis basiert, das dem Mitgeschöpf Tier nicht vorsätzlich und bewusst eine vermeidbare Qual auferlegt werden darf.

Der Begriff "Tierfreund" beinhaltet unmissverständlich ein "Freund des Tieres" zu sein. Und Freunde verteidigt man nach besten Kräften.

Wichtig so, bei einem tabuisierten Bereich des Tierschutzes, dem Schächten, auch Klartext zu reden: Hier weicht Toleranz und Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit "... es sind ja nur Tiere", häufig erst dann einem empörten Gejaulen, wenn orientalische Polit-Terroristen nicht mehr Schafen und Rindern, sondern westlichen Geiseln die Kehle durchschneiden. Wenngleich diese Erkenntnis in den Gehirnwindungen unserer politischen Entscheidungsträger noch keinen Einzug gehalten hat - sind Tiere doch gleichermaßen leidensfähig wie Menschen.

So (Schächt-) Juden und (Schächt-) Muslime, die entgegen dem regulären Tierschutzgesetz und entgegen hier geltenden Normen, vorsätzlich Tiere qualvoll betäubungslos abmetzeln, nicht gerade mit Sympathie überschüttet werden - müssen diese Bevölkerungsgruppen das auch aushalten. Zu durchsichtig, wenn dann von diesen (mangels stichhaltiger Argumente) entrüstet - auf schlicht inflationäre Art und Weise - wieder mal die Ausländerfeindlichkeits- oder Antisemitismuskeule hervorgekramt wird.

Von Tierschutzseite muss der Zugang von Bevölkerungsgruppen zwangsläufig sehr skeptisch gesehen werden, die eine hier bislang unbekannte Tierquälerei im Gepäck tragen - wie betäubungsloses Schächten. Und man braucht wegen dieser Einstellung auch kein schlechtes Gewissen zu haben. Mit übelsten Tierqualpraktiken (Massentierhaltung, Tierversuche etc.) sind wir in Deutschland, Österreich und Schweiz wahrlich zur Genüge

Von der Gnade und Barmherzigkeit eines raschen Todes

Zweiter Weltkrieg: In der Weite der russischen Wälder hatte eine größere Partisanengruppe eine kleine Anzahl deutscher Soldaten gefangen genommen. Diese mussten sich ausziehen, man band ihnen Steine an die Geschlechtsteile und schoss auf ihre Beine, um so die verhassten Deutschen noch zum "tanzen" zu zwingen, bevor man sie liquidierte.

Ein zufällig vorbeikommender Aufklärungstrupp der regulären sowjetischen Armee wurde auf die Geschehnisse aufmerksam. Der befehlige Offizier griff ein, rügte mit scharfen Worten das menschenverachtende Verhalten der Partisanen und stellte sich mit seinem Körper schützend vor die geschunden Deutschen, um sie in die Gefangenschaft zu überführen.

Doch die durch Alkohol enthemmten Partisanen wollten sich ihren "Spaß" nicht nehmen lassen und drohten auch ihm Gewalt an, so er sie bei ihrem Tun hindern wolle. Mit seinen nur wenigen Männern an der Seite, sah der russische Offizier keine Möglichkeit sich gegen den zahlenmäßig übermächtigen Partisanentrupp durchzusetzen und die Deutschen vor weiteren Folterungen zu bewahren, oder gar ihr Leben zu retten.

Als Konsequenz aus diesem furchtbaren Dilemma sah der Offizier nur eine Lösung: Mit gezielten Kopfschüssen tötete er die deutschen Soldaten, bewahrte sie so vor einem schrecklichen, qualvollen Martyrium - gewährte ihnen die Gnade eines schnellen barmherzigen Todes in einer auswegslosen Situation.-

Quelle: Gedächtnisprotokoll einer Radiodokumentation, Ausstrahlung Anfang der 1970er Jahre - U. Dittmann / 22.05.2011

geschlagen. Es wäre aus Tierschutzsicht schlicht schizophren, Menschen, die weitere zusätzliche Varianten von Tier-Quälzufügungen nach hier einschleppen und praktizieren, freudig zu begrüßen.

Wenn aus Fleischessgier die "Dornenkrone der Schöpfung" Tiere schon abmurkst, so muss dies zumindest möglichst rasch und qualmindernd vonstatten gehen - analog ein Mensch gewisslich den Tod durch eine "gnädige" Kugel dem Tod durch langsame Folter vorzieht.- (Auf die kleine, aber eindringliche Geschichte aus dem letzten Weltkrieg - siehe Kasten - wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.)

Solange wir die Fesseln der Tierklaven nicht lösen können, müssen wir zumindest pragmatisch versuchen, die Ketten zu lockern. Keinesfalls reicht es, lediglich edle maximale Gesinnungsethik wie eine Fahne mit der Aufschrift „Ich

bin gegen jegliches Töten" vor sich her zu tragen, sondern es gilt mit praktischer Handlungsethik in die Niederungen des Alltagsgeschehens hinabzusteigen und zunächst alle Qualverminderungsmöglichkeiten auszunutzen - ohne natürlich je das Ziel, die Tiere von allen Fesseln zu befreien, aus den Augen zu verlieren. "...Der praktische Tierschützer muss immer wieder auf Kompromisse eingehen, weil der Alles-oder-Nichts-Grundsatz besonders im Tierschutz immer nur zum 'Nichts' und niemals zum 'Alles' führt." (Gotthard M. Teutsch: Mensch und Tier. Lexikon der Tierschutzethik.)

Gelebte Demokratie heißt auch im Tierschutz, sich emanzipiert zu positionieren, mit offen artikulierter Meinungsäußerung - und das in allen Medien. Selbsternannte Moralwächter aller Couleur sollten sich in diesem Zusammenhang endlich den ideologischen Schaum vom Mund abwischen.

Wer das als erklärter "Tierschützer" oder "Tierrechtler" oder als Tierschutzorganisation nicht so sieht, wer hier herumnörgelt, exzessiv Gesinnungsselbstbefriedigung zelebriert, hat nicht verstanden (oder WILL nicht verstehen), dass es hier nicht um Vorlieben und Vorstellungen persönlicher, religiöser, weltanschaulicher oder politischer Vorstellungen und Phantasien geht - sondern um Publikmachung, Geltungmachung und praxisorientierte Durchsetzung von elementaren Tierrechten. Nur gemeinsam und bei Hintanstellung eigensüchtiger persönlicher Interessen werden wir hier vorankommen.

V.i.S.d.P.: Ulrich Dittmann /
22.05.2011

Siehe auch Glosse "Mit Tierbefreiern unterwegs - oder die Geschichte von "Michi" dem Käfighuhn" (Internet: www.arbeitskreistierschutz.de/Startseite).

Kolkrabe „Chico“ bekommt endlich Gesellschaft und eine neue „Behausung“

Käfighaltung ist schlimm und einer zivilisierten Gesellschaft unwürdig. Vögel hinter Gittern verdeutlichen die Blindheit der Menschen für die Bedürfnisse anderer Lebewesen besonders. Denn: Wer träumt ihn nicht, den Traum vom Fliegen?

Auch im Kissinger Tierpark „Klaushof“ werden Vögel hinter Drahtgeflecht und in zu kleinen Gehegen zur Schau gestellt. Einer der bedauerndsten Insassen ist „Chico“, ein flugunfähiger Kolkrabe. In freier Wildbahn hätte er keine Überlebenschance. Seine Aufnahme im Tierpark, war sie demzufolge ein Anflug von Barmherzigkeit? Oder nur geschäftliches Kalkül? Man weiß es nicht. Fest steht nur, dass der Vogel schnell zu einer Attraktion des Tierparks wurde: „Chico“ kann nämlich mit Stöckchen spielen, und das finden alle ganz toll!

Die ersten Jahre verbrachte der Arme in einem Käfig, der liebloser nicht sein konnte: Ein paar herumliegende Äste, eine Holzkiste, das war's. Außerdem vegetierte er in Einzelhaft!

„Chicos“ Lage besserte sich, als wir Ende 2010 in Schreiben und Gesprächen gegen diese Zustände protestierten. Auf Tierparkseite zeigte man sich schnell einsichtig und versprach baldige Besserung.

Wie Foto und Textauszug aus der Internetseite des Tierparks zeigen, hielt man sich an das Versprechen.

Aus dem Internet:

„In das neue Kolkrabengehege ist Chico, durch sein munteres Treiben ein Liebling der Besucher, eingezogen. Damit er noch mehr Freude an seiner neuen Behausung hat, wurde ihm eine Partnerin aus dem Wildpark Bielefeld zugeführt. Beide verstanden sich auf Anhieb und sind zur Freude der Besucher ein Herz und eine Seele.“

Mit der Einzelhaft ist es nun vorbei. Immerhin!
Außerdem sorgt das neue Gehege für etwas weniger Langeweile!
Text u. Fotos: R. Dunkel



„Chico“ in seinem alten Käfig auf Besucher wartend



Schogul, Rächer der Tiere

von Birgit Laqua

Die 1966 in Hannover geborene Autorin über ihr Buch: **„Es ist die Hölle auf Erden was viele Tiere hier auf der Welt erleiden müssen und wenn ich mit diesem Roman auch nur einer Tierseele helfen kann, hat sich die Arbeit an dem Buch für mich schon tausendmal gelohnt.“**

Dass es nicht nur ihm so schlecht auf der Erde ergangen ist, erfährt der junge Kater Ringo erst, als er schon gestorben ist und in das Himmelsreich des Schoguls kommt.

Obwohl Schogul seine Seele befreit, sorgt der neugierige Kater in seinem Reich für große Aufregung.

Doch nicht nur im Himmel bringt er alles durcheinander, auch als er sich heimlich wieder auf die Erde begibt, bringt er sich und andere Tiere in große Gefahr.



Empfohlen ab 12 Jahre - Mit s/w Illustrationen
Books on Demand - ISBN 978-3-8423-6048-8, Paperback, 204 Seiten, Preis 12,90 €

Pressemitteilung vom 19.05.2011 der Initiative „Schonzeit für Füchse“ Grausame Ausrottung von Fuchsfamilien an der Tagesordnung!

Nahezu überall in Deutschland ist die gnadenlose Ausrottung ganzer Fuchsfamilien derzeit an der Tagesordnung: Jungfüchse werden am Bau erschossen oder in speziellen Jungfuchsfallen gefangen, ihre Eltern mit der Flinte getötet. Das Saarland beweist, dass es auch anders geht. Seit letztem Jahr schützt dort eine Schonzeit Welpen und ihre Eltern vor Nachstellungen. Die von Jägern erwartete "Fuchsschwemme" ist dabei ausgeblieben - es gibt im Saarland heute eher weniger Füchse als vor Einführung der Jagdruhe.

Füchse dürfen in den meisten Bundesländern ganzjährig erschossen oder in Fallen gefangen werden. Lediglich die Eltern noch unselbständiger Jungtiere sind vor Nachstellungen geschützt. Trotzdem spielen sich gerade jetzt im Mai, wo Jungfüchse ihre ersten tapsigen Schritte aus dem elterlichen Bau wagen, grausame Szenen an vielen Fuchsbauen ab: Der Abschuss oder Fang von Welpen durch Jäger ist an der Tagesordnung; den Fuchseltern wird mit "raubwildscharfen" Hunden und Gewehren der Garaus gemacht. Bei den Tätern handelt es sich keinesfalls nur um "schwarze Schafe" in der Jägerschaft - selbst die großen deutschen Jagdzeitschriften veröffentlichen Tipps zur Jungfuchsbejagung, und in Jagdforen im Internet, wo Jäger sich unter ihresgleichen wännen, werden Bilder toter Fuchswelpen und ihrer Eltern zur Schau gestellt.



Kampagnen-Webseite: www.schonzeit-fuer-fuechse.de (hier finden Sie neben weiterführenden Informationen und Links auch kostenfreies professionelles Bildmaterial zur Kampagne)

Fuchswelpen in einer Jungfuchsfalle.

Die Tiere wurden kurz nach Aufnahme dieses Fotos getötet, ihr Vater wurde erschossen, auf die Mutter wurde ein Jagdhund gehetzt. Der Jagdhund musste mit schweren Verletzungen vom Tierarzt behandelt werden (Foto: Johanna Kurz)

Familienstrukturen begrenzen Fuchspopulation

Angeblich, so argumentieren Jäger, sei die Jungfuchsbejagung "notwendig", um zu verhindern, dass Füchse überhandnehmen. Tatsächlich wird die Bestandsdichte von Füchsen aber durch das Nahrungsangebot reguliert, und zusätzlich verhindert die fuchsische Sozialstruktur, dass es "zu viele" Füchse gibt. Der als Fuchsexperte geltende Biologe Erik Zimen beschrieb dieses Phänomen mit den Worten "Geburtenbeschränkung statt Massenelend". Je stärker Füchsen dagegen nachgestellt wird, desto stärker vermehren sie sich, weil hohe Todesraten die bestandsbegrenzend wirkenden Familienstrukturen auseinanderbrechen lassen.

Schonzeit im Saarland: Keine "Fuchsschwemme"

Im Saarland schob die regierende Jamaika-Koalition der Welpenvernichtung letztes Jahr durch die Einführung einer sechsmonatigen Schonzeit einen Riegel vor. Der Saarländische Jagdverband protestierte lautstark gegen diese Beschneidung seiner Rechte und prophezeite eine regelrechte "Fuchsschwemme". Nun, ein Jahr nach Einführung der Schonzeit, zog das zuständige Ministerium Bilanz: Im Vergleich mit dem Vorjahr seien deutlich weniger Fuchswelpen in Wildtierauffangstationen abgegeben worden, und auch die Anzahl im Straßenverkehr umgekommener Füchse sei zurückgegangen. Es gibt also kein Indiz für eine Zunahme der Fuchspopulation - ganz im Gegenteil, die Fuchsdichte scheint gegen den bundesweiten Trend sogar zurückgegangen zu sein.

"Die Fuchsjagd ist grausam und unnötig", erläutert Lovis Kauertz, einer der Initiatoren der Kampagne. "Zudem ist die Tollwut in Deutschland ausgerottet, und den Fuchsbandwurm kann man nur durch Entwurmungsköder, aber nicht den massenhaften Abschuss von Füchsen bekämpfen. Die Fuchsjagd dient dagegen letzten Endes nur jenen, denen es Spaß bereitet, schutzlose Tiere zu erschießen."



Protokoll der Mitgliederversammlung des Politischen Arbeitskreises für Tierrechte in Europa - PAKT e.V.

am 26.03.2011 in Düsseldorf

Begrüßung der Anwesenden durch den Ersten Vorsitzenden Edgar Guhde um 14:30Uhr.

Edgar Guhde wird zum Versammlungsleiter gewählt. Patricia Fink wird zur Protokollführerin ernannt. Herr Guhde stellt fest, dass die Einladung zur MV rechtzeitig und ordnungsgemäß erfolgte und die Versammlung der 15 anwesenden Mitglieder beschlussfähig ist. Die Tagesordnung wird von den Anwesenden angenommen.

Er berichtet, dass die Kassenprüferin Frau Danuta Zaczyk an diesem Tag nicht anwesend sein kann und ihr Prüfungsbericht später durch Frau Marie-Françoise Kuss verlesen wird.

Ausführungen des Ersten Vorsitzenden:

(Der gedruckte Tätigkeitsbericht wird als bekannt vorausgesetzt). Nach einigen Worten über die aktuelle tierschutzpolitische Situation erfolgt ein kurzer Rückblick auf die bald zwanzigjährige Geschichte des Vereins, dessen konstituierende Sitzung im Mai 1990 in Bonn stattfand. Die Eintragung ins Vereinsregister erfolgte im Juli 1991 beim Amtsgericht Bonn.

Herr Guhde blickt zurück auf seine elfjährige Tätigkeit als Erster Vorsitzender von PAKT e.V., in welcher er viele angeforderte Stellungnahmen für das BMELV oder die EU verfasst hat, beinahe alle Texte für unser Mitteilungsblatt „AK/PAKT-aktuell“ und die von ihm angeregte Homepage geschrieben hat sowie Mengen von Info-Material gesichtet und archiviert hat.

Wie im Vorfeld angekündigt, wird er aus einer gewissen Amtsmüdigkeit nach der langen Zeit und mit 75 Jahren nicht mehr kandidieren, da praktisch die gesamte Arbeit auf ihm gelastet hat. Seine beinahe täglichen Arbeitstage für PAKT dauerten von 9:00 bis 22:00 Uhr, unterbrochen von Pausen, welche er wegen seiner beiden Augenerkrankungen unbedingt einhalten musste. Auch hat er noch weitere

Ämter in Stiftungen zum Thema Tierrechte. Frau Elisabeth Petras aus Hamburg brachte ab 2008 Elan und viel Fachwissen mit und wird sich für den Vorstand aufstellen lassen, ebenso wie vier weitere Mitglieder.

Herr Guhde wird auch nach Ausscheiden aus dem Amt weiterhin an der inhaltlichen Aktualisierung der Homepage mitarbeiten, sowie für angeforderte Stellungnahmen, Gänge zum Finanzamt etc. zur Verfügung stehen, sofern gewünscht, und möchte ansonsten als „Außenstelle PAKT“ in Düsseldorf fungieren und dem neuen Vorstand mit Rat und Tat zur Seite stehen. Hinzu kommen die Dateiverwaltung, Bearbeitung der E-Mails und der Anfragen, Korrespondenzen, die Fortsetzung der Kontoführung.

Zukünftig wird wichtig sein, die Homepage aktuell zu halten, welche fast ein halbes Jahr brachlag, da der ehrenamtliche Homepagebetreuer wegen Überlastung nicht weitermachen konnte. Nun werden gegen Honorar neue Texte eingestellt und ausgetauscht. Tagungen sollten hin und wieder besucht werden, Präsenz zeigen sei wichtig.

Funktion, Profil und Ausrichtung im Spektrum der Tierrechtsorganisationen sind zu bestimmen. Arbeitsweise, Ziele und Projekte müssen an die veränderte Situation gegenüber 1990 angepasst werden.

Aussprache über die bisherige und künftige Tätigkeit

Kurze Diskussion, ob man zukünftig mit Honorarkräften anstatt mit Ehrenamtlern arbeiten sollte, was angesichts der finanziellen Situation sofort ad acta gelegt wird.

Kassenbericht für das Jahr 2010

Die Schatzmeisterin Patricia Fink verliest den Kassenbericht. Wenige inhaltliche Rückfragen durch die Mitglieder werden beantwortet. Es entbrennt eine Diskussion, wie PAKT als Begünstigter auf die Liste für Bußgelder kommen kann, welche jedes Jahr neu aufgelegt wird. Über das Ministerium kann man sich aufstellen lassen, welches die Angaben an die Gerichte weiterleitet. Ob es Aussicht auf Erfolg hat, die Richter persönlich auf PAKT aufmerksam zu machen, wird von den anwesenden Juristen kontrovers gesehen.

Wilfrid M. Jores stellt den Antrag, am Ende der Sitzung über eine Möglichkeit der Sicherstellung der finanziellen Mittel von PAKT zu sprechen. Der Antrag wird einstimmig angenommen und der

Kassenbericht zu Ende vorgetragen.

Verlesung der Kassenprüfungsberichte

Frau Kuss verliest den Kassenprüfungsbericht der Kassenprüferin Frau Zaczyk, in welchem die ordnungsgemäße Kassenführung festgestellt und die Entlastung des Vorstands beantragt wird.

Anschließend verliest Alfons Maniewski seinen Kassenprüfungsbericht. Auch er stellt die ordnungsgemäße Kassenführung fest. Seine inhaltlichen Fragen, sind schnell geklärt. Er stellt den Antrag, die Vorstandsmitglieder einzeln zu entlasten. Der Antrag wird von den Anwesenden diskutiert und als nicht möglich angesehen, weil ein Vorstand nur als Gesamtgremium entlastet werden kann. Herr Maniewski zieht daraufhin seinen Antrag zurück. Er stellt den Antrag, den Vorstand zu entlasten.

Entlastung des Vorstands

Es ist noch ein Mitglied zur Versammlung gestoßen, daher sind nun 16 Stimmberechtigte anwesend. Die Mitglieder stimmen über diesen Antrag ab. Er wird bei Enthaltung der sechs betroffenen Vorstandsmitglieder einstimmig, d.h. mit 10 Stimmen angenommen.

Es folgt die turnusgemäße Neuwahl des Vorstands

Wahl der Ersten Vorsitzenden

Prof. Karnowsky stellt den Antrag, dass sich erst alle Kandidaten für alle Ämter vorstellen und dann die Zettel auf einmal abgegeben werden. Da laut Satzung der Erste Vorsitzende und sein Stellvertreter/Zweite Vorsitzender einzeln gewählt werden müssen, zieht Prof. Karnowsky seinen Antrag zurück.

Abstimmung, ob Wahlen geheim erfolgen sollen. Ergebnis 15 dagegen, 1 Enthaltung.

Elisabeth Petras stellt sich zur Wahl: Ergebnis. 15 dafür, 1 Enthaltung der Betroffenen.

Sie nimmt die Wahl an.

Wahl der Zweiten Vorsitzenden

Dr. Christina Sultan stellt sich zur Wahl: Ergebnis: 15 dafür, 1 Enthaltung der Betroffenen

Sie nimmt die Wahl an.

Wahl der Schatzmeisterin

Patricia Fink stellt sich zur Wahl: Ergebnis 15 dafür, 1 Enthaltung der Betroffenen

Sie nimmt die Wahl an.

Wahl einer Beisitzerin

Elke Mertens stellt sich zur Wahl: Ergebnis: 14 dafür, 2 Enthaltungen (davon 1 der Betroffenen). Sie nimmt die Wahl an.

Wahl eines Beisitzers

Wilfrid M. Jores stellt sich zur Wahl: Ergebnis: 15 dafür, 1 Enthaltung des Betroffenen.

Er nimmt die Wahl an.

Es folgt eine Erörterung, wo künftig der Sitz des Vereins sein soll. Laut Satzung ist der Sitz des Vereins in Düsseldorf, bei dessen Amtsgericht der Verein registriert ist. Es macht auch keinen Sinn, den Sitz immer dorthin zu verlegen, wo gerade der aktuelle Erste Vorsitzende wohnt. Es wird beschlossen, den Sitz unter Herrn Guhdes Adresse zu belassen. Die Anschrift des Vereins lautet weiterhin:

PAKT e.V.

c/o Edgar Guhde

Eduard-Schloemann-Str. 33

40237 Düsseldorf

Christoph Fink bietet an, für alle Vorständler E-Mail-Adressen über unsere Domain einzurichten nach dem Muster Nachnahme@paktev.de. Der Vorschlag wird begrüßt und angenommen.

Vermischtes

Zum Antrag von Herrn Jores zur Sicherung der finanziellen Situation von PAKT:

Herr Jores möchte von der MV beauftragt werden, mit „Campact“ Kontakt aufzunehmen und zu versuchen, eine Mitgliedschaft von PAKT zu erwirken. Campact ist eine Organisation, welche Internet-Kampagnen inhaltlich verschiedenster Art groß aufzieht. Stellt man als Organisation eine Kampagne vor, können durch Anklicken eines Lesers zum Beispiel 5 Euro auf das Konto dieser Kampagne fließen. So können die finanziellen Mittel aufge bessert werden. Auf diese Weise können auch schnell zig tausend Unterschriften für z.B. Petitionen gesammelt werden. Dies könnte eine Lösung für aktive Projekt-Arbeit und Sicherung der finanziellen Mittel sein. Frau Kuss erwähnt in diesem Zusammenhang die Organisation „Avaaz“, welche wiederum von anderen Anwesenden als nicht so vertrauenswürdig angesehen wird.

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Es wird festgestellt, dass es positiv wäre, wenn möglichst viele Mitglieder von PAKT auch privat Mitglieder bei Campact würden, da eine Kampagne von PAKT dann mehr Stimmen erhalten würde.

Der Antrag von Alfons Maniewski, PAKT solle Mitglied beim Deutschen Tierschutzbund (genauer: beim Landestierschutzbund NRW) werden, wird von den Mitgliedern diskutiert. Herr Prof. Karnowsky gibt zu bedenken, dass so eine Mitgliedschaft für PAKT nur sinnvoll ist, wenn ein PAKT-Mitglied auf den jeweiligen Sitzungen die Interessen von PAKT vertritt. Zudem ist der Deutsche Tierschutzbund eitel und wird PAKT keinen wichtigen Einfluss zubilligen. Nach weiterer Diskussion wird die Abstimmung über diesen Antrag vertagt.

Ende der MV um 18:15 Uhr.

Patricia Fink, Protokollantin
Edgar Guhde, Versammlungsleiter

Kurzbericht des PAKT-Vorstandes

Unser langjähriger Vorsitzender Dipl.-Pol. Edgar Guhde ist nach langjähriger, engagierter und kompetenter Vorstandsarbeit aufgrund der Übernahme neuer Aufgaben nicht erneut zur Vorstandswahl angetreten. Er bleibt uns jedoch weiterhin als Mitstreiter und Berater erhalten und wird sich auch weiterhin für den Schutz und die Achtung der Würde der Tiere einsetzen. Wir danken Edgar Guhde für die lange Zeit seines unermüdlichen Einsatzes für PAKT e.V. und unser gemeinsames Anliegen! Für seine gute Einarbeitung und weitere Begleitung sind wir als neuer Vorstand sehr dankbar!

Neu in den Vorstand gewählt wurden: Elisabeth Petras, Dr. med. vet. Christina Sultan (1. und 2. Vorsitzende), Patricia Fink (Schatzmeisterin), Wilfrid Maximilian Jores und Elke Mertens.

Fazit der ersten zwei Monate unserer Arbeit: Die begonnenen Aktionen gegen die Missstände in der Putenmast und zur Beendigung der Stallpflicht werden weitergeführt. Fachbündnisse mit anderen Verbänden und eine Förderung der Solidarität werden von uns allen als sinnvolles Mittel zur Erreichung unserer Ziele angesehen; daher schlossen wir uns auch Bündnissen anderer Verbände, z. B. der Albert-

Schweitzer-Stiftung, gegen die Zulassung weiterer Schweinemastställe an. Dabei verfolgen wir dort, wo es uns sinnvoll erscheint, den Weg der "kleinen Schritte" (z. B. in Bezug auf die Verbesserung der Situation der zu Ernährungszwecken gehaltenen Tiere), versuchen aber gleichzeitig, das Mensch-Tier-Verhältnis an sich zu thematisieren und die Möglichkeiten einer anderen Gesellschaft aufzuzeigen. In diesem Sinne erfolgte auch Öffentlichkeitsarbeit durch Leserbriefe und Pressemitteilungen zu den Themenbereichen der Tierversuche, der Intensivtierhaltung und der dadurch bedingten Seuchengefahr (Campylobakter, MSRA!), der Stadttauben, der Jagd und des Mensch-Tier-Verhältnisses.

Das Thema Tierversuche wird als neuer großer Schwerpunkt intensiviert. Zuständig für diesen Bereich sind vor allem Dr. Christina Sultan und Elke Mertens, während Elisabeth Petras den Bereich der Nutztierhaltung übernimmt. Wir unterstützen die Informationsveranstaltung und Demonstration von "Ärzte gegen Tierversuche" und "Lobby pro Tier" am "Internationalen Tag zur Abschaffung des Tierversuchs" in Hamburg gemeinsam mit "AKUT"; Erstellung von Plakaten, Teilnahme und Mithilfe am Stand von "Achtung für Tiere". Auch das Thema Stadttauben bleibt wichtig

und wird u. a. von Elisabeth Petras (vor allem durch Pressearbeit und Vernetzung Aktiver) bearbeitet. Weitere anstehende Aufgaben sind die Neubearbeitung unserer Homepage, die Christina Sultan, unterstützt von Patricia und Christoph Fink, übernimmt und eine Überarbeitung des PAKT-Faltblattes durch W. M. Jores. Christoph Fink hat für eine schnelle Aktualisierung der Kontaktdaten gesorgt. Bei Fachtagungen aufbaute Kontakte zu Presse, Forschung und politischen Parteien wurden und werden (z. B. von Elisabeth Petras) gepflegt. Wir brachten uns in die Internet-Diskussion zur "Charta" der Landwirtschaftsministerin zur Veränderung der Landwirtschaft und in die Diskussion um Möglichkeiten zur Beendigung der Qualzucht (Tagung der Grünen am 23.05.11) ein und sind auf Fachtagungen, so weit möglich, präsent. Weitere Aktionen sind geplant, nebenbei arbeiten wir besonders an der Vernetzung zu unterschiedlichen Fachthemen. Edgar Guhde ist weiterhin durch Weitergabe unserer Berichte und Informationen an Interessierte über seinen umfangreichen Verteiler behilflich.

Elisabeth Petras

Frau
Bundesministerin Ilse Aigner
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Postfach 14 02 70
53107 Bonn

Betrifft: Tierschutzpaket

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Aigner,

wir sind sehr froh, dass Sie den Anstoß zu einem "Tierschutzpaket" gegeben haben, denn ein solches ist dringend nötig! Damit dieses Paket auch seinen Zweck erfüllt, Schmerzen, Leiden und Schäden (§ 1 Satz 2, § 2 Nr. 2 und § 17 Nr. 2 b TierSchG) von den Tieren abzuwenden oder sie wenigstens zu vermindern und für eine verhaltensgerechte Unterbringung (§ 2 Nr. 1 TierSchG) zu sorgen, bitten wir Sie dringend, die nachstehend genannten Punkte zu berücksichtigen.

Die schwersten Tierschutzverletzungen sind aus den Bereichen der Kaninchen- und der Putenmast bekannt. Über beide Themen ist auch in den Medien immer wieder anschaulich berichtet worden.

Leider hat es aber den Anschein, als solle es mit Bezug auf die höchst umstrittene Putenmast wie bisher bei der Formulierung von rechtlich unverbindlichen freiwilligen "Eckwerten" bleiben, statt eine Rechtsverordnung zu erlassen, die mit konkreten Geboten und Verboten den Wohlbefindensanforderungen dieser Tiere gerecht wird.

Eine Beschränkung auf Eckwerte führt - auch nach Ansicht von Amtstierärzten - zu folgender Gefahr: Es können im Falle eines Verstoßes keine Anzeigen erstattet werden, die ein Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den jeweiligen Betrieb und eine verwaltungsrechtliche Überprüfung auslösen. Darüber hinaus sind, wie uns berichtet wurde, Amtstierärzte teilweise nicht in der Lage, wahrgenommene Missstände in Putenhaltungen mit der gebotenen Deutlichkeit anzusprechen, weil ihnen sonst Gefahr droht, in die Fleischschau versetzt zu werden. Auch haben sie vielfach keine Möglichkeit, die Besatzdichte oder auch nur die Zahl der aufgestellten Tiere tatsächlich zu prüfen, weil die einkalkulierte Mortalität von etwa 9% (ca. 10% bei Hähnen! (4)) oft schon bei Einstellung abgezogen wird, was durch die Verbindung von Brütereien und Mastbetrieben möglich ist.

Aus diesen und anderen Gründen gibt es nicht wenige Amtstierärzte, die selbst dringend eine Verordnung wünschen!

Den Puten geht es trotz den seit Jahren bestehenden "Eckwerten" sehr schlecht, wie die aktuelle Studie von Ruth Ellerich et al. beweist, die das BMELV selbst in Auftrag gegeben hat. Fast 100% der Tiere, die Gegenstand dieser sehr breit angelegten Untersuchung waren, litten unter Fußballenschäden (vgl. Anlage 1). Nach der derzeitigen Rechtslage gibt es - wie die BMELV-geförderte Studie eindrucksvoll zeigt - offensichtlich keinen wirkungsvollen Schutz gegen diese massiven Tierschutzmissstände (1).

Daher geht unser dringender Appell an Sie, sehr geehrte Frau Aigner, unsere nachstehenden Forderungen zu berücksichtigen:

Wir brauchen endlich eine Rechtsverordnung für die Millionen in Deutschland gehaltenen Mastputen, die zumindest Schäden und Schmerzen der Tiere verhindert und für die Zukunft eine verhaltensgerechte Unterbringung sicherstellt (Kriterien für eine solche liegen vor, vgl. Anlage 2).

Als Minimum für eine solche fordern wir:

- Eine maximale Besatzdichte von 1-2 Tiere/m² bzw. 21 kg/m² im Stall.
- Zusätzlich ständigen Zugang zu einem überdachten Auslauf (Wintergarten), möglichst aber Auslauf im Freien, da Puten Laufvögel sind.
- Strengere verbindliche Kontrollen der Haltung.
- Verbindliche Schlachtbandkontrollen auf Fußschäden, Brustblasen, Gelenkentzündungen, Verletzungen und Verstümmelungen wie Schnabelkupieren. Möglich wäre ein System aus Strafen und Boni in Kombination, das sich selbst trägt. Ein solches Verfahren wäre u. E. marktgerecht.
- Maximale Tageszunahmen bzw. Grüne Liste für langsam wachsende Rassen (schnellwachsende Rassen wie BUT 6 verstoßen u.E. gegen §11b TSchG).

Es ist ergänzend zu prüfen, ob eine verbindliche Untersuchung der eingesetzten Zuchttiere auf Merkmale der Qualzucht durch ein unabhängiges Institut etabliert werden kann. § 11b TSchG ist aufgrund der hohen

Menge der "produzierten" Tiere in einer Weise zu präzisieren, dass auch Schmerzen und Leiden, die nur bei einem Teil der Tiere zuchtbedingt auftreten, zu einem Verbot der Zuchtlinie oder dem Auftrag zu ihrer Verbesserung führen können (3).

Eine Beschränkung auf "freiwillige Vereinbarungen" in der Putenmast würde die Skandale, die bereits durch die Medien gegangen sind, weder abstellen noch mindern. Es würde sich herausstellen, dass das Tierchutzpaket nichts oder jedenfalls zu wenig bewirkt hätte. Wir denken, dass dies weder in Ihrem noch in unserem, vor allem aber nicht im Interesse der Tiere liegen kann.

Mastkaninchen betreffend sehen wir massive Tierschutzprobleme in der Käfighaltung, die Systemimmanent sind. Auch hier haben Amtsveterinäre das Problem, rechtlich keine Handhabe gegen tierquälerische Haltungen zu haben. Unsere Forderungen sind daher:

- Ein Verbot der Käfighaltung bzw. Anforderungen, die nur noch eine Bodenhaltung erlauben.
- Ein Verbot von Gitterböden! Eine Verordnung, die weiterhin den Pfoten schädigenden Gitterboden zulässt, würde eine Verletzung von § 1 Satz 2 und § 2 Nr. 1 TierSchG darstellen und einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.
- Eine deutliche Reduzierung der Besatzdichte (Details hierzu vgl. Richtlinien für Bodenhaltung von Kaninchen www.vier-pfoten.de).

Sehr geehrte Frau Aigner, auch die kleinbäuerliche Landwirtschaft profitiert von höheren Tierschutzstandards, weil dort die Tiere ohnehin zumeist artgemäßer gehalten werden. Billigfleisch fördert das Bauernsterben.

Ihrer Antwort sehen wir mit Hoffnung und Spannung entgegen!

Bitte beachten Sie in der Anlage die Liste der Verbände, die diesen Aufruf unterstützen.

Mit freundlichem Gruß

Elisabeth Petras
Politischer Arbeitskreis für Tierrechte in Europa (PAKT) e.V.
im Auftrage der in Anlage 3 aufgeführten Verbände

- (1) Siehe Anlage 1: R. Ellerich, H. Mitterer-Istyagin, M. Ludewig, K. Cramer, T. Bartels, K. Fehlhaber, M.-E. Krautwald-Junghanns: Forschungsauftrag "Indikatoren einer tiergerechten Mastputenhaltung". Hier: Projektvorstellung und erste Ergebnisse der Praxisstudie, Celle 2009.
- (2) Siehe Anlage.
- (3) Wir verweisen im übrigen auf das rechtskräftig abgeschlossene Strafverfahren (Az. 18 Cs 240 Js 44568/07 (243/10 AG Cloppenburg/StA Oldenburg) gegen einen QS-Putenmäster in Niedersachsen, der wegen Tierquälerei verurteilt worden ist. Das LAVES hat in einem Offizialgutachten für die Staatsanwaltschaft Oldenburg systemimmanente Mängel in der Haltung der B.U.T. 6 - Putenrasse festgestellt.
- (4) Vgl. Petermann, Sabine in Richter, T.: Krankheitsursache Haltung. Stuttgart 2005: Enke Verlag: "Bereits jetzt liegen die Verluste in der Hahnenmast bei 10%, teilweise auch darüber." Anmerkung: "Hahnenmast" bedeutet hier Putenhähne.

3 Anlagen

Anlage 3:

Dieser Aufruf wird von folgenden Verbänden unterstützt:

1. Albert Schweitzer Stiftung für unsere Mitwelt
2. Bildungsinitiative Achtung Mitwelt
3. PETA Deutschland e.V.
4. Politischer Arbeitskreis für Tierrechte in Europa (PAKT) e.V.
5. ProVieh, Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V.
6. Schüler für Tiere e.V.
7. Initiative Schule und Tierschutz
8. Tierärztliche Initiative Tierschutz
9. Tier und Mensch e.V.
10. Vier Pfoten, Stiftung für Tierschutz
11. Arbeitskreis humaner Tierschutz e.V.

Ansprechpartner:

Mahi Klosterhalfen
Regina Kowalick
Dr. Edmund Haferbeck
Elisabeth Petras
Stefan-Andreas Johnigk
Sabine Luppert
Regina Kowalick
Dr. Hermann Focke
Tierärztin Karin Ulich
Ina Müller-Arnke
Ulrich Dittmann

Weitere Verbände haben nur der zeitlichen Knappheit und längerer Entscheidungswege wegen auf eine Mitunterzeichnung verzichtet, tragen unser Anliegen aber inhaltlich mit.

Pressemitteilung

21.04.2011

Kranke Tiere - kranke Menschen?

Neue Studie zeigt Gesundheitsgefahren durch Campylobacter und Salmonellen aus der Intensivtierhaltung auf. Betroffenen sind vor allem Geflügelzucht und Schweinemast.

Vor der unterschätzten Gesundheitsgefahr durch immer neue Campylobacter- und Salmonella-Stämme aus der intensiven Geflügel- und Schweinemast warnen Tierärzte der Tierschutzorganisationen „Tier & Mensch e.V.“ und „PAKT e.V.“ unter Hinweis auf aktuelle Empfehlungen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit EFSA.

Eine Studie der EFSA zeigte, dass 2009 bei rund 60.000 an Magen-Darmsymptomen erkrankten Menschen in Deutschland (198.252 Fälle EU-weit) die für empfindliche Personen durchaus lebensgefährlichen Campylobacter und bei ca. 30.000 Salmonellen nachgewiesen wurden. Die Dunkelziffer liegt noch höher, da Durchfallerkrankungen nicht immer zum Arztbesuch führen. Die verbreiteten Erregerstämme entstehen vor allem in der intensiven Geflügel- und Schweinemast, in welcher der Enge und der großen Tierzahlen wegen eine schnelle Verbreitung und Mutation von Viren und Bakterien erfolgen kann. Hier entstehen auch leicht

Resistenzen gegen Antibiotika, die beim Menschen dann nicht mehr wirken.

Eine weitere bedeutende Gefahrenquelle für die Kontamination von Fleisch mit Krankheitserregern sind die großen Schlachthöfe.

Die momentane Praxis der Eindämmung des Risikos durch Stichproben löst das Problem nach Ansicht der Tierärztinnen erfahrungsgemäß ebenso wenig wie immer neue Mahnungen an die Verbraucher, innerhalb der Küche hygienischer zu arbeiten. Campylobacter, oft resistenter Art, sind nicht nur bei Hühnern, sondern auch bei Puten und Schweinen sehr verbreitet, die fast ausschließlich in geschlossenen Massentrieben leben. Auch der größte Teil der Legehennen lebt noch immer in Bodenhaltung, in welcher sich neun Hennen einen Quadratmeter teilen, wie Dr. Christina Sultan vom „Politischen Arbeitskreis für Tierrechte in Europa (PAKT) e. V.“ erklärt.

„Eine artgemäße Tierhaltung in sozial verträglichen Gruppengrößen im Freiland mit Frischluft, Sonnenlicht und Bewegung würde das Immunsystem der Tiere stärken, und ein größerer Individualabstand könnte Ansteckung ver-



meiden!“, ergänzt Tierärztin Karin Ulich von Tier und Mensch e.V. „Ohne diese Ursachen in den Blick zu nehmen, werden die Krankheits- und Todesfälle künftig zunehmen!“, warnt Ulich. „Soll wirklich gewartet werden, bis die Situation völlig außer Kontrolle gerät?“.

Von der Verbraucherschutzministerin fordern die Tierärztinnen und Tierschützer eine Umstellung der Förderung hin zu artgerechten Formen der Tierhaltung - nicht nur der Tiere wegen, sondern auch, um die Entstehung weiterer resistenter Bakterien zu verhindern.

V. i. S. d. P.:
Tierärztin Karin Ulich, Tier & Mensch e.V.
Tel. 08389-577,
karin-ulich@gmx.de,

Dr. Christina Sultan, Politischer Arbeitskreis für Tierrechte in Europa (PAKT) e.V.
sultan@paktev.de,

Elisabeth Petras, PAKT e.V.
Tel. 0178-470 20 16
petras@paktev.de

Pressemitteilung

06.04.2011

des „Bündnis gegen Stallpflicht“ zur geplanten Änderung der Geflügelpest-Verordnung

Die bestehende Geflügelpest-Verordnung dient mit ihren einseitigen Auflagen für Freilandhalter offenbar dazu, die Geflügel-Freilandhaltung allmählich abzuwürgen, stellt das "Bündnis gegen Stallpflicht" nach eingehender Prüfung fest. Das Risiko und die Kosten, die auf den Freilandhaltern lasten, sind unerträglich hoch, in einigen als „Risiko-Gebieten“ bestimmten Regionen ist bis heute die Stallpflicht nicht einmal über die Ausnahmeregelung aufgehoben worden. In den geschlossenen Ställen, den Geflügel-Massen-

tierhaltungen, herrscht dagegen Selbstkontrolle, die niemand überprüft - als Anarchie könnte man das bezeichnen.

Schon seit einigen Jahren fordert das „Bündnis gegen die Stallpflicht“ nachdrücklich, Freilandhaltungen nicht zu benachteiligen. Ein von der Regierung zur Diskussion gestellter Änderungsentwurf der nicht zeitgemäßen Verordnung räumt die kritisierten Schwachpunkte leider nicht aus.

Daher schlägt das „Bündnis gegen Stallpflicht“ einen eigenen Entwurf für eine Übergangs-VO vor, der von Tier & Mensch e.V. mit Rechtshilfe von Ministerialrat a. D. Dr. jur. Gerd erarbeitet wurde und fordert insbesondere:

1. Eine grundlegende Revision der Geflügelpest-Verordnung, die aus drei Verordnungen zu einem „bürokratischen Monster“ zusammengebastelt worden war. Der Regierungs-Entwurf beschränkt sich nur auf wenige Eingriffe in einzelne Paragraphen.

2. In der jetzigen Form basiert die Geflügelpest-VO weiterhin auf der nachweislich falschen Annahme, dass eine Einschleppung von Geflügelpest-Viren (Aviäre Influenzaviren - AIV) eher durch Wildvögel als durch Geflügelhandel erfolgt. Die Grundannahme lässt sich jedoch durch seriöse Statistiken (siehe EU-Monitoring!) nicht belegen.

3. Das jahrelange EU-Monitoring hat dagegen gezeigt, dass bestimmte niedrigpathogene AIV in Geflügelbeständen einiger EU-Länder endemisch sind und daher das ständige Risiko einer Einschleppung durch Handel besteht. Dieses Problem wird in der Geflügelpest-VO bisher praktisch ignoriert. Die so genannte "Risikobewertung" des Friedrich-Loeffler-Instituts hat sich als spekulativ ohne nachvollziehbare wissenschaftliche Grundlage erwiesen. Es wäre daher fahrlässig, sie weiterhin als Basis für weitreichende Eingriffe in die Rechte von Geflügelhaltern zu verwenden.

4. Auch künftig soll durch die Geflügelpest-VO Freilandhaltungen eine stärkere Belastung durch Tests auferlegt werden, und sie bleiben von der Stallpflicht bedroht (s. § 13). In geschlossenen Ställen fehlt die regelmäßige Testung durch die Behörden - es besteht weitgehend das Prinzip der Selbstkontrolle. Diese Ungleichbehand-

lung erscheint willkürlich und daher rechtlich bedenklich.

5. Zu berücksichtigen wäre vielmehr, dass das Gefahrenpotenzial einer Weiterverbreitung von AIViren aus industriellen Massengeflügelhaltungen aufgrund der starken vertikalen Integration und internationalen Vernetzung im Geflügelhandel wesentlich höher ist. Dem sollte durch verstärkte Kontrollen von industriellen Geflügelhaltungen Rechnung getragen werden, während Freiland- und Kleinhaltungen von unnötigen Kontrollen entlastet werden können.

6. Es ist nicht sachgerecht, das Risiko durch niedrigpathogene AIViren (LPAIV) gleichzusetzen mit der deutlich ernsteren Gefahr durch hochpathogene AIViren (HPAIV). Niedrigpathogene Viren lösen in der Regel keine oder nur leichte und vorübergehende Krankheitssymptome aus und sind auch für Menschen ungefährlich. Es ist daher unverhältnismäßig, bei einem Nachweis von LPAIV gesun-

de Bestände zu keulen. Nach den Zahlen des EU-Geflügelpest-Monitorings und der OIE wird offensichtlich nur ein Bruchteil der tatsächlichen Ausbrüche rechtzeitig entdeckt. Die Keulung dieser wenigen zufällig entdeckten LPAI-positiven Bestände kann somit keinen nennenswerten Beitrag zur Eindämmung der Viren leisten. Diese Unverhältnismäßigkeit widerspricht der verfassungsrechtlich gebotenen Verhältnismäßigkeit und ist daher rechtlich bedenklich.

Für weitere Auskünfte:

Karin Ulich
Vorsitzende
Tier & Mensch e.V.
Tel.: 08389-577
E-Mail: karin-ulich@gmx.de

Elisabeth Petras
Vorsitzende
PAKT e.V.
Tel.: 01784702016
E-Mail: EP-1965@gmx.de

Die ökologischen Auswirkungen der Intensiv-Massentierhaltung

Unter Intensiv-Massentierhaltung wird die Haltung von Tieren in industriellen, weitgehend automatisierten Großbetrieben verstanden, in denen der Platz pro Tier nicht oder kaum das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß überschreitet. Dabei werden weltweit jede Stunde rund sechs Mill. empfindungsfähige Wesen für den Fleischkonsum getötet - ohne die Fische.

Unter dem Druck der Gesetzmäßigkeiten der industriellen Güterproduktion wurde die Intensiv-Massentierhaltung in den 60er Jahren zunächst in den USA eingeführt. (1965 Ruth Harrison, Buch „Tiermaschinen“). Sie kam dann über Großbritannien auch nach Deutschland. Es ging darum, so kostensparend wie möglich zu „produzieren“ um wettbewerbsfähig zu bleiben. Es geht darum, möglichst viele Tiere (vor allem Geflügel, Schweine und Rinder) platz-, zeit- und arbeitssparend auszubeuten, mit wenig Personal in immer kürzerer Zeit und mit wenig Energieaufwand auf engem Raum in denaturierter Umgebung möglichst viele tierische Erzeugnis-

se hervorzubringen. Das Streben nach immer höheren Milch-, Fleisch- und Eierleistungen führte zur Technisierung und Rationalisierung der Viehhaltung ohne individuelle Betreuung des einzelnen Tieres bei Missachtung ihrer art eigenen Bedürfnisse. Die Tiere werden zur standardisierten Produktionseinheit und wie Industrieprodukte behandelt.

Hier nur zwei herausgegriffene Beispiele: Unter natürlichen Bedingungen werden Kühe bis zu 25 Jahre alt. Die durchschnittliche Lebenserwartung einer Milchkuh ist jetzt nur noch 5 Jahre. Die Milchleistung wurde in den letzten zehn Jahren von 4.800 l auf 9.000 l gesteigert, was eine enorme Belastung des Stoffwechsels bedeutet, weswegen schon geringste Fehler in Management und Fütterung zu Erkrankungen führen. 160 Tage währt das Leben eines Mast Schweins. Die normale Lebenserwartung beträgt etwa 12 Jahre.

Zahlreiche internationale Organisationen und wissenschaftliche Institutionen haben sich in den letzten Jahren vor allem mit den Auswir-

kungen der Viehwirtschaft und der steigenden Fleischerzeugung auf die Ökosysteme befasst, insbesondere bezüglich des Klimas: Kopenhagen-Institut der Universität Utrecht, WWF Deutschland (2009), Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie (2007), der International Panel for Sustainable Resource Management des Umweltprogramms der UN, das National Centre for Epidemiology and Population Health der Universität Chicago (2007), das Institute for Food and Development Policy Oakland, der UN-Weltklimarat, American Association for the Advancement of Science, das Medical Institute der Stanford University, die National Academy of Science, Greenpeace Deutschland, Schweiz, Österreich und International (2008), Bundesämter für Umwelt und Landwirtschaft der Schweiz und andere im Folgenden genannte.

„Appell für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Positionspapier von über 100 niederländischen Professoren“, 27.04.2010. Ferner zahlreiche einzelne Autoren. Bahnbrechend bereits Jeremy Rifkin, Bey-

ond Beef. The Rise and Fall of the Cattle Culture. New York 1992. (Dt. Das Imperium der Rinder, 1994)

Die erste weltweit bekanntgewordene Studie ist die der Welternährungsorganisation FAO „Livestocks Long Shadow. Environmental Issues and Options“ aus dem Jahr 2006 mit ihren 400 Seiten. Die Viehwirtschaft sei mit 18 % der von Menschen verursachten CO₂-Emissionen noch vor dem Verkehr der größte Emissionsfaktor. Die Treibhausgasemissionen der Viehhaltung seien um 40 % höher als der gesamte Verkehr mit seinen 14 % einschl. Flugzeug- und Schiffsverkehr. 8 % des global verfügbaren Trinkwassers würden von der Viehwirtschaft verbraucht, hauptsächlich für die Erzeugung der Futtermittel (nach anderen Studien bis zu 50 %. In den USA gehe fast die Hälfte des gesamten Wasserverbrauchs auf den Anbau von Futtergetreide zurück). Der direkte menschliche Verbrauch (Trinkwasser, Duschen, Industrie etc.) komme auf rund 1 %. 15.000 l Wasser für 1 kg Rindfleisch, die gleiche Menge Getreide benötige nur etwa 450 l. Knapp 50 % der globalen Getreideernte landeten in den Trögen der weltweit rund 20 Mrd. Nutztiere.

Dennoch werde dies in den meisten Klimadiskussionen konsequent ignoriert. (Zusatz: Bei Interessenvertretern wie dem Deutschen Bauernverband und den Lebensmittelkonzernen fehlt das Problembewusstsein nach wie vor). Die Nutztierhaltung sei zugleich die wesentliche Ursache für Überweidung, Bodenverdichtung, Bodenerosion und Wasserverschmutzung, für den Rückgang der Artenvielfalt bei Flora und Fauna. Insgesamt gelten 15 von 24 wichtigen Ökosystemen als gefährdet, verschuldet durch die Nutztierhaltung.

20 % der weltweiten Weideflächen gelten als zerstört durch Überweidung, Erosion oder Verdichtung. Diese Zahl ist lt. FAO noch höher in Trockengebieten, wo ungenügendes Management zu voranschreitender Desertifikation beitrage.

Mehr als 1/4 der Landfläche werde von landwirtschaftlichen „Nutztieren“ beansprucht, 1/3 des verfügbaren landwirtschaftlich nutzbaren Landes für die Futtermittelerzeugung verwendet (so auch „Livestock in a Changing Landscape, International Report“ 2010 der Schweizerischen Hochschule für Landwirtschaft). Nach anderen

Studien wird auf etwa der Hälfte der weltweiten Ackerfläche Tierfutter angebaut und dazu oft Grünland zu Ackerland umgebrochen. Lt. Umwelt-Bundesamt 60 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland.

70 % des abgeholzten Amazonas-Regenwaldes seien in Viehweiden umgewandelt worden (nach einem Weltbank-Bericht aus 2003 bis zu 88 %) und der Großteil der restlichen 30 % für den Futtermittelanbau. 80 % der Welt-Soja-Ernte würden an das Vieh verfüttert.

Nachfolgende Studien mehrerer Institutionen haben an der FAO-Veröffentlichung bemängelt, dass einige Daten nicht einbezogen worden seien, wie die Treibhausgas-Emissionen durch die Haltung von „Nutztieren“ nach der Regenwaldabholzung, durch Aquakulturen, die Transporte, den Bau von Massentierhaltungsanlagen, durch die zur Kühlung und Erhitzung von Fleisch notwendige Energie, durch die Herstellung von Medikamenten, die haltungsbedingte Krankheiten behandeln, schließlich die THG von Abfällen (Gülle, Knochen) und Nebenprodukten wie Leder und Federn, auch bei deren Verarbeitung.

Das World Watch Institute („Livestock and Climate Change“, Washington 2009) errechnete, dass Herstellung und Verbrauch von Fleisch, Milch und Eiern für mindestens 51 % der weltweiten von Menschen verantworteten THG-Emissionen verantwortlich seien statt nur 18 % wie sie die FAO-Studie aussagte. (Höhere Werte berechnete auch der Weltklimarat und die Greenpeace-Studie „Amazon Cattle Footprint“ 2009). Das von den „Nutztieren“ ausgeatmete CO₂ müsse in die THG-Rechnung einbezogen werden. Und der Ausstoß von einer Tonne Methan habe einen Effekt wie 23 t CO₂.

Selbst wenn man weltweit auf alternative Energien umsteigen würde, alle Glühbirnen durch Energiesparlampen ersetzen und alle Autos und Flugzeuge verbieten würde, so das World Watch Institute, wäre der Effekt für das Klima kleiner als wenn man die Ernährung von tierischen auf pflanzliche Produkte umstellte.

Vor allem die Viehweiden bedecken ca. 30-33 % der eisfreien Landfläche der Erde bei einer Nutzung durch 1,3 Mrd. Rinder (deren Gewicht zusammengenommen das der gesamten Erdbevölkerung übersteigt. Der deutsche Rinderbestand betrug 2010 12,7 Mill. Tiere). Um 1 kg tierisches Protein zu erzeugen, würden 6 kg pflanzlich-

ches Protein benötigt. 1 kg Rindfleisch verbrauchten 22-50.000 l Wasser je nach Art der Viehhaltung (die FAO-Studie gibt 15.000 l an), während für 1 kg Äpfel nur 50 l Wasser nötig seien, und zwar von der Bewässerung bis zur Verarbeitung. Für Salat 79 l.

Das Institut warnt seit Jahren vor den globalen Auswirkungen der Fleischproduktion. Der Fleischpreis müsste sich verdreifachen, wenn man die vollen ökologischen Kosten auf die Rechnung setzen würde.

Auch andere Institutionen wie das „Institut für angewandte Ökologie“ in Freiburg weisen auf die besonders verheerende Klimabilanz des Rindfleisches hin (13,3 kg CO₂-Freisetzung pro 1 kg Fleisch) oder „Foodwatch“: Nach deren Studie ist die Fleischproduktion mit 71 % der gesamten agrarischen Produktion der größte Klimasünder. In der Klimabilanz entspräche 1 kg Rindfleisch ca. 110 km Autofahrt. Nach einer japanischen Studie belastet die Herstellung von 1 kg Fleisch das Klima so stark wie 250 km Autofahrt. Ebenso das Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt und Energie.

Zu den „Klimawirkungen der Landwirtschaft in Deutschland“ schrieb das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung 2008: „Die Haltung von Milchkühen ist innerhalb der deutschen Rinderhaltung mit 57 % der Treibhausgasemissionen der bedeutendste Verursacherbereich. Rechnet man außerdem die weiblichen Rinder hinzu, die der Nachzucht von Milchkühen dienen, ergibt sich ein Anteil von zusammen 70 % der Treibhausgasemissionen der Rinderhaltung, die unmittelbar der Milcherzeugung zuzurechnen sind.“ (S. 16).

In einer Presseerklärung des Bayerischen Umweltministeriums aus 2007 heißt es, für die Erzeugung von 1 kg Rindfleisch würden 6,5 kg CO₂ freigesetzt, für die gleiche Menge Obst hingegen nur ½ kg, Gemüse nur 150 g CO₂.

(Lt. Statistischem Bundesamt wurde in Deutschland noch nie soviel Fleisch erzeugt wie 2010, nämlich 8 Mill. t, 302.000 mehr als im Rekordjahr 2009. Und die Bundesregierung will die zunehmende Fleischherzeugung für den Export noch ausweiten. - Der Pro-Kopf-Fleischverbrauch in Deutschland betrug 2010 88 kg (einschl. Geflügelfleisch).

Allgemein ergibt sich aus den Untersuchungen, dass - je nach Region - 7-16 kg pflanzliches Futter wie Getreide oder Sojabohnen be-

nötigt würden, um 1 kg Fleisch zu erzeugen. Dabei wird nur etwa die Hälfte der Tiere für den Verzehr verwendet. Die Masttiere fräßen 40-50 % der Welt-Getreideernte und 80-90 % der Sojabohnen. Das wäre somit die effektivste Form der Nahrungsmittelvernichtung! Mit dem Anbau von Getreide könne man auf 1 ha fünfmal mehr Eiweiß erzeugen als mit der Viehzucht, mit Hülsenfrüchten zehnfach mehr. Auf der Fläche eines Grundstücks, die benötigt wird, um 1 kg Fleisch zu erzeugen, könne man im selben Zeitraum 200 kg Tomaten oder 160 kg Kartoffeln ernten. Fleisch ernährt wenige auf Kosten vieler.

Der Fleischverzehr hat sich außerdem als einer der Hauptverursacher des ökologischen Desasters erwiesen, auf das der Planet zu steuert. Umweltschutz und Fleischkonsum dieses Ausmaßes sind unvereinbar.

Als bedeutende THG-Emission wird der Methanausstoß angesehen, weil 23x klimaschädlicher als CO₂, der allerdings stark von der Art der Fütterung abhängt (z.B. Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich 2009; Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie 2007).

Methan (CH₄) entsteht durch Wiederkäuen (Fermentation im Pansen), auch durch Gülle und Stallmist. 37-39 % aller landwirtschaftlichen Methanemissionen seien durch die Tierhaltung bedingt, größtenteils durch die Rinder (so auch FAO und Katalyse, Institut für angewandte Umweltforschung). Eine ernste Methanproblematik gibt es jedoch nur bei Hochleistungsfutter, vor allem bei Maissilage; bei durchgehender Weidehaltung der Rinder und strukturärmeren Futtermitteln wie Getreide und Leguminosen wäre das Methan kein großes Problem. Durch nachhaltige Beweidung wird auf Dauer Grünland erhalten und durch Bildung von Humus CO₂ gebunden. Leider werden in Deutschland immer mehr Kühe vom Weideland verdrängt und mit Kraftfutter gefüttert.

In den genannten Studien wurde verkannt, dass die ozonschädlichsten durch die Landwirtschaft verursachten Emissionen nicht vom Methan ausgehen sondern von der Stickstoff-Sauerstoffverbindung Lachgas (N₂O), das durch die intensive und künstliche stickstoffhaltige Düngung und Überdüngung des Futtermittelanbaus wie Getreide, Mais und Soja entsteht sowie aus dem Stallmist. Lachgas ist

295-310x klimaschädlicher als CO₂. Methan im Vergleich 23x. 65 % der Lachgasemissionen sollen aus der Viehzucht stammen (FAO).

Zu diesem Ergebnis kam auch eine Anhörung im Bundestag und eine Veröffentlichung des Umweltbundesamtes. Lachgas verweile bis zu 120 Jahre in der Atmosphäre, Methan nur bis zu 15 Jahre. Richtig wäre eine nachhaltige, auch die Lachgasemissionen eindämmende Weidehaltung statt Überweidung und Fütterung der Rinder mit den genannten Futterpflanzen.

Weitere Auswirkungen der Viehwirtschaft: Hohe Nitratbelastung der Böden und des Grundwassers durch die Gülle (ein Rind produziert täglich 60 l Gülle), Überdüngung der Böden und Gewässer durch Stickstoff und Mist, Bodenübersäuerung. Mindestens 50 % der Wasserverschmutzung in Europa gingen auf die Intensivmassentierhaltung zurück; Phosphatbelastungen. Die Rückstände der als Leistungsförderer missbrauchten Antibiotika beeinträchtigen ebenfalls das Ökosystem. Auch das Ammoniak (NH₃) aus tierischen Fäkalien spiele beim sauren Regen eine verhängnisvolle Rolle: 64-68 % des weltweiten anthropogen bedingten Ammoniakausstoßes gingen zu Lasten der Viehwirtschaft (FAO).

Folgerungen

Das Naheliegende forderten schon Pythagoras, Empedokles, Sokrates, Xenokrates, Horaz, Seneca, Plutarch, Porphyrios und andere in der Antike: fleischlose Ernährung. Vor Jahrzehnten Albert Einstein: „Nichts wird die Chance auf ein Überleben auf der Erde so steigern wie der Schritt zur vegetarischen Ernährung.“ Heute sind es Fachleute wie der Vorsitzende des UN-Weltklimarats Dr. Rajendra Pachauri: „Ich bin zum Vegetarier geworden. Dies, weil die Produktion eines einzigen kg Fleisch etliche kg CO₂ freisetzt. ... Wenn alle Belgier innerhalb eines Jahres an nur einem Tag in der Woche kein Fleisch verzehren würden, hätte das denselben Effekt auf den Treibhausgasausstoß wie eine Million Autos weniger auf den Straßen Belgiens für die Dauer eines Jahres.“ Oder Ralf Conrad, Direktor des Max-Planck-Instituts für terrestrische Mikrobiologie: „Keine Rinder mehr essen, auf Milchprodukte verzichten.“ Der ehemalige Chefökonom der Weltbank und Klimafachmann Lord Nicholas Stern (2009): „Der einzige Weg,

den Planeten zu retten, ist eine globale Bewegung hin zum Vegetarierum.“

Jeremy Rifkin schrieb bereits 1992: „Heute geht die lange Geschichte der Beziehung zwischen Mensch und Rind ihrer dritten Stufe entgegen. Indem wir uns bewusst dafür entscheiden, das Fleisch des Rindes nicht mehr zu essen, bekunden wir unseren Willen, mit dieser Kreatur ein neues Bündnis einzugehen, das über das Diktat des Marktwertes und des übertriebenen Konsums hinausgeht. Das Rind von den Qualen und der Erniedrigung zu erlösen, denen es in den modernen Mastfabriken und Schlachtbetrieben ausgesetzt ist, wäre als menschlicher Akt von weitreichender symbolischer und praktischer Bedeutung zu begreifen, und es wäre ein Symbol der Reue und Wiedergutmachung, wenn wir darauf verzichten, das Rind zu enthornen, zu kastrieren, mit Hormonen und Östrublockern, Antibiotika und Insektiziden zu behandeln und ihm einen würdelosen Tod an den vollautomatisierten Schlachtbändern zu bereiten. Es wäre dies alles ein Zeichen der Erkenntnis der Zerstörung, die wir der gesamten Schöpfung auf unserer Jagd nach der uneingeschränkten Macht über die Natur zugefügt haben. Die Überwindung der jetzigen sogenannten Rinderkultur ist gleichbedeutend mit dem Wandel unserer Vorstellung vom angemessenen Umgang mit der Natur. ... Die Verminderung des Rinderbestandes auf eine ökologisch vertretbare Zahl wird eine Gesundung und Erneuerung der Natur auf allen Kontinenten fördern.“ (Rifkin, S. 252 f.)

Und die Organisation „Welthungerhilfe“ stellte schon vor Jahren fest: „Auch die Menschen in den Industrieländern können ihren Beitrag leisten. Wenn sie weniger Fleisch essen, muss weniger Getreide verfüttert werden.“ („Welternährung“, 1/1996). „Damit die Weltgetreideernte in Zukunft für alle reichen kann, werden die reichen Nationen ihren Fleischkonsum reduzieren müssen. Futtermittel für Masthühner, Zuchtfische, Industrieschweine und Intensivhaltungsrinder sind ein (EU-subventionierter) Luxus, den sich nicht mehr als 15 % der Weltbevölkerung leisten können.“ („Welternährung“, 1/1997)

Als der frühere Präsident Bill Clinton vor ca. 13 Jahren seinen Mitbürgern erklärte, dass 60 Millionen Menschen weniger hungern müssten, wenn die US-Amerikaner nur 10 % weniger Fleisch essen würden, wollte noch niemand diesen Zusammenhang verstehen.

2004 veröffentlichte das World Watch Institute einen Artikel: „Meat – Now, it’s not personal! But like it or not, meat-eating is becoming a problem for everyone on the planet.“

Nach der Foodwatch-Studie „Klimaretter Bio?“ (2009) spart eine vegetarische Ernährung 50-60 % aller Treibhausgasemissionen aus der Agrarwirtschaft, eine vegane 87 %.

Unterstellt man die Abschaffung der Intensiv-Massentierhaltung und eine wesentliche Verbreitung des Vegetarismus in überschaubarer Zeit als unreal, so ist die Transformation zu einer sozial-ökologischen Landwirtschaft durchaus nicht nur ein notwendiges sondern auch realistisches Ziel. Konzepte dazu liegen seit Jahrzehnten vor.

Die aktuellen Zahlen für europäische Fleischexporte 2010 brechen alle Rekorde. Allein die Geflügelexporte stiegen um 25 % auf 1,3 Mill. t. Deutschlands Fleischexporte in Drittstaaten stiegen zwischen 8 % bei Geflügel und 17 % bei Schweinefleisch. Dahinter verbirgt sich auch die massenhafte und verantwortungslose Ausfuhr von Fleischresten nach Afrika.

Diese offensive Exportstrategie für lebende Tiere und tierische Nahrungsmittel ist zu unterbinden, stattdessen sind regionale Wirtschaftskreisläufe und die Förderung des extensiven ökologischen Landbaus zu forcieren. Einheimisches, möglichst betriebseigenes Futter verwenden, Förderung der Weide- und Freilandhaltungen. Verzicht auf synthetische Düngemittel und Pflanzenschutzmittel, zumindest deren Verminderung, geringerer Tierbesatz, keine weiteren Agrarfabriken, keine langen Tiertransporte. Verlängerung der Nutzungsdauer des Milchviehs. EU-weite Förderung mittelständischer bäuerlicher Strukturen.

Bezogen auf unser Thema des Klimawandels und der anderen ökologischen Kosten ergibt sich aus dem Ausgeführten die Verminderung der „Nutztier“haltungen und der Fleischerzeugung. „Von allen Problemen der Welt ist die drastische Reduzierung der Fleischproduktion das Wichtigste und Dringendste“ (Prof. Patrick Brown, Stanford University, 2009). Ebenso das Howard Hughes Medical Institute und die National Academy of Science. Weniger Tierbestand desto weniger Emissionen (Bun-

desamt Landwirtschaft der Schweiz).

Durch weniger intensive Tierhaltung und nachhaltige Futtermittel ließen sich rund 65 % der in der Landwirtschaft klimawirksamen Treibhausgase einsparen. Durch den Abbau der Überschussproduktion bei Fleisch und Milch und den Einsatz von heimischem Futter statt Soja aus Übersee könnte die Klimabilanz der Tierhaltung deutlich verbessert werden. Weniger Fleisch zu erzeugen, hülfe dem Klima mehr als alles andere.

Instrumente wären entsprechende ökologische Steuern: Eine Fleischsteuer als Teil einer ökologischen Steuerreform, damit diese Kosten im Verbraucherpreis ihren Ausdruck finden. (Laut World Watch Institute müsste dann ein Rindfleisch-Hamburger das dreifache kosten). Naheliegender ist eine Mehrwertsteuer für Fleisch, Milch und Eier in Höhe von 19 % (wie Alkohol und Zigaretten) statt der 7 %. Pro Jahr sollen dadurch in Deutschland 23 Mrd. € für den Staat zustandekommen.

PAKT e.V. hatte bereits 2000 eine Fleischbesteuerung gefordert. Diese könne auch für den Fall als Steuerungsinstrument eingesetzt werden, dass eine kostenneutrale Neuorientierung der Agrarsubventionen nicht möglich sein sollte. Bedenkt man das Emissionsvolumen einer industrialisierten Intensivtierhaltung, müsse eine solche Fleischsteuer als Bestandteil einer ökologischen Steuerreform ohnehin als obligatorisch betrachtet werden. Im Unterschied zur ökologischen Mineralölbesteuerung sollte sie jedoch budgetbezogen zur Reformierung bzw. Förderung einer extensiven Landwirtschaft verwendet werden. (PAKT, „Agrarpolitische Leitlinien“).

Die Tierrechtsorganisation PETA hatte am 20.12.2007 einen Fleischsteuer-Gesetzentwurf für den Bundestag veröffentlicht. Die FAO empfiehlt die Besteuerung der Fleischerzeugung in ihrem Jahresbericht vom 18. 02. 2010. Auch WWF Deutschland und Schweiz forderten eine Fleischsteuer.

Neuerdings wird Dänemark ab 01.10.2011 eine gegen die gesättigten Fettsäuren gerichtete „Fettsteuer“ einführen. Auch beim Fleisch sollen die Preise je nach Fettgehalt um 3-6 % steigen, die Sechserpackung Eier soll um 20 Cent teurer werden.

Also höhere Steuern auf tierische Erzeugnisse und Futtergetreide

(vor allem Kraftfutter), dagegen steuerliche Begünstigung von Gemüse und Obst. Solche Steuern dienen der Verwirklichung des Artikels 20 a Grundgesetz: Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere.

Eine Emissionssteuer für Lachgas, um diese Emissionen zu reduzieren, müsste sich anschließen. So z.B. gefordert im WWF-„Positionspapier klimaschädliche Landwirtschaft“, 2009. Greenpeace Deutschland und Österreich fordern Klima-Abgaben auf künstliche Dünger und Pestizide. Einführung einer Stickstoffabgabe auf einzelbetrieblicher Ebene.

Denn Aufklärung allein genügt nicht. Die Gier nach Fleisch benebelt den Verstand. Die Leute glauben, ohne Fleisch gehe ihnen etwas ab.

Außerdem ist ein Werbeverbot für die tierischen Erzeugnisse durchzusetzen.

Auf längere Sicht ist das Projekt des Fleisches aus Zellkulturen (Retortenfleisch, künstliches Fleisch, Laborfleisch, In-Vitro-Fleisch, kultiviertes Fleisch) von Interesse. Aus Stammzellen sollen in Bioreaktoren Muskelzellen heranwachsen, aus denen Fleisch im Wesentlichen besteht. Dafür müssen die Forscher die Zellen dazu bringen, sich enorm zu vermehren. (Mit Gentechnik hat dieser Vorgang nichts zu tun, da keine Eingriffe in die DNA erfolgen). Bereits 1999 wurde ein weltweites Patent für die künstliche Fleischerstellung ausgestellt, und im April 2008 fand in Norwegen ein „Internationales In-Vitro-Fleisch-Symposium“ statt („When meat is not murder“), unterstützt von der US-Organisation New Harvest. Koordinierte Forschungen finden – von der niederländischen Regierung unterstützt – an den Universitäten Eindhoven, Utrecht und Amsterdam statt, ferner an der Medical University of South Carolina in Charleston, der University of Maryland, dem Touro College New York (NASA-Projekt) sowie in Australien. Das Projekt wird finanziell von PETA unterstützt, die auch ein Preisgeld von 1 Mill. Dollar auf ein marktfähiges Produkt ausgesetzt hat. Man hofft, dass es frühestens um 2020 so weit sein wird.

Edgar Guhde



Masse statt Klasse - nach der Kastration geht's in die Massentierhaltung

Foto: Deutsches Tierschutzbüro

Schweinchen Babe wird kastriert

Um die hormonell bedingte Entstehung von Ebergeruch in der Pubertät bei jungen männlichen Schweinen zu verhindern, werden neugeborenen Ferkeln in den ersten Lebenstagen bei vollem Bewusstsein und ohne Betäubung mittels eines Skalpells die Hoden entfernt. Diese Praxis wird durch das Tierschutzgesetz nicht verhindert, selbst das Biosiegel darf das Fleisch dieser Tiere tragen. Ein Bericht von Roman Kriebisch.

Fast alle männlichen Mastferkel – nach offiziellen Angaben jedes Jahr knapp 22 Millionen junge Eber – werden in Deutschland unmittelbar nach der Geburt kastriert, um die Entstehung eines nach Angaben der Fleischwirtschaft für den Konsumenten unangenehmen Ebergeruches bei der Zubereitung des Fleisches zu verhindern. Zu diesem Zweck werden die Ferkel rücklings in Schraubstöcken fixiert oder einfach zwischen die Beine eines Arbeiters geklemmt und mit schnellen Schnitten die Hoden entfernt.

Dieser Eingriff erfolgt bei vollem Bewusstsein der Tiere, ohne Betäubung, und ist auch nach den Vorschriften des Tierschutzgesetzes bis zum siebten Lebenstag des Tieres legal. Der Ursprung dieser grausamen Praxis ist in der Fehlannahme zu finden, dass Schmerzrezeptoren bei Säuglingen noch nicht voll ausgebildet seien. Lange Zeit war das auch in der Humanmedizin eine gängige Ansicht, die auf die Tiermedizin übertragen wurde. Dass der Fortschritt der medizinischen Forschung für menschliche Babys andere Fakten ergeben hat, spielt hingegen zumindest für die Gesetzgebung im Tierschutz keine Rolle. Auch eine eingeplante Sterblichkeitsrate aufgrund von Infektionen nach dem Eingriff, der in der Regel von medizinischen Laien durchgeführt wird, spricht hier für sich. Lange wiesen Schweinemäster den Vorwurf zurück, die Ferkel würden während des Eingriffs vor Schmerzen schreien. Sie entgegneten, selbst beim Versuch, sie zu greifen und hochzuheben, schriegen die Tiere, das sei völlig normal. Doch

Untersuchungen, welche die Tierärztin Susanne Zöls 2007 an der Uni München durchführte, brachten endlich den Gegenbeweis. Sie konnte im Blut von Tieren, die bei vollem Bewusstsein kastriert wurden, eine deutliche Erhöhung des Stresshormons Cortisol nachweisen. Eine Kontrollgruppe von Ferkeln, die während der Prozedur narkotisiert wurde, wies keinen höheren Wert auf als den eines Ferkels, das hochgehoben wird.

Es geht auch anders:

In den Niederlanden unterzeichneten die Einzelhandelsverbände einen Verzicht auf den Verkauf des Fleisches von unbetäubt kastrierten Ferkeln, sowohl in den Niederlanden als auch in Belgien verwendet der Fast-Food-Produzent McDonald's schon seit längerer Zeit nur noch Fleisch von bei der Kastration betäubten Tieren.



Betäubungslose Kastration von Ferkeln, leider immer noch in Deutschland erlaubt - mittels eines Skalpells werden die Hoden entfernt. Diese Prozedur ist für die Tiere äußerst schmerzhaft.

Foto: Deutsches Tierschutzbüro

Doch Alternativen zur bei uns praktizierten Ferkelkastration gibt es schon lange, wie der Blick in andere Länder zeigt. In der Schweiz etwa dürfen Ferkel seit Beginn des Jahres 2009 nicht mehr ohne vorherige Betäubung kastriert werden. Das langfristige Ziel ist hier die Ebermast (Kurzmast). Dabei sollen auch männliche Schweine bis zu einem Schlachtgewicht von ca. 100 kg gemästet werden, welches sie mit dem Beginn der Geschlechtsreife und damit der Pubertät erreichen. Ab einem Alter von etwa einem halben Jahr kommt es zur Bildung des für den typischen „Ebergeruch“ im Fleisch verantwortlichen Hormons

Androstenon. In England, Irland und Dänemark ist die Schlachtung vor diesem Zeitpunkt gängige Praxis; in Australien verfolgt man eine andere Strategie: Durch die sogenannte „Immunkastration“ werden männliche Schweine mit einem Wirkstoff „geimpft“, der die körpereigene Bildung bestimmter Hormone verhindert, sie werden schon bei der Entstehung im Hoden zerstört. Auch in Deutschland scheint es eine Bewegung zu geben: Der Bauernverband, der Hauptverband des Einzelhandels und der Verband der Fleischwirtschaft vereinbarten für 2009 den Einsatz eines Schmerzmittels – allerdings erst nach der Kastration

– bis eine in Auftrag gegebene Studie erste Ergebnisse zeigt. Doch auch heute schon ist die Kastration ein Thema in der Politik. B90/Die Grünen fordern: „Bis spätestens 2012 muss das Verbot der Ferkelkastration umgesetzt werden.“ Bislang jedoch darf das Fleisch von ohne Betäubung kastrierten Ferkeln sogar offiziell als Biofleisch verkauft werden. Wie in vielen anderen Fällen scheint auch in hier das Problem darin zu liegen, dass in der Abwägung: Qual der Tiere vs. Nutzen des Verbrauchers zu wenig Aufklärung stattfindet. Eine Erhöhung des Fleischpreises um wenige Cent würde den Einsatz beispielsweise Narkotika problemlos ermöglichen und damit zumindest stellenweise für weniger Tierleid sorgen.

Videodokumentation:

Das Deutsche Tierschutzbüro hat einen Videofilm mit dem Titel

„Das Schreien der Ferkel: Folterkammer Schweinestall“

zum Thema Ferkelkastration produziert.

Die DVD kann über die Website www.tierschutz-videos.de oder per Telefon: 0221-20463862 bestellt werden.

